

Linksammlung zum Thema Recht

"Betriebliche Altersversorgung-Haftungsfalle für Arbeitgeber bei Berufsunfähigkeitsversicherung"

https://www.anwalt.de/rechtstipps/betriebliche-altersversorgung-haftungsfalle-fuer-arbeitgeber-bei-berufsunfaehigkeitsversicherung_157310.html

Anwalt.de, 29.07.2019

Aktualisiert am 01.08.2019

Scheidet ein Mitarbeiter aus dem Arbeitsverhältnis aus, zu dessen Gunsten eine Direktversicherung oder Pensionskassenversorgung abgeschlossen wurde, hat der Arbeitgeber eine vielfach nicht bekannte Dreimonatsfrist zu beachten, um eine über die Zahlung der Versicherung hinausgehende Haftung zu vermeiden.

"Versorgungsausgleich: Direktversicherung wird berücksichtigt"

<http://presseservice.pressrelations.de/pressemitteilung/versorgungsausgleich-direktversicherung-wird-beruecksichtigt-631959.html>

Pressrelations Presseservice, 25.6.19

Bei einem Versorgungsausgleich werden auch Direktversicherungen berücksichtigt. Die Rechtsprechung beurteilt allerdings unterschiedlich, ob das auch der Fall ist, wenn die Direktversicherung nach Ausscheiden des Arbeitnehmers fortgeführt wird.

"Bundessozialgericht erklärt unterschiedliche Belastung von Betriebsrenten mit Kassenbeiträgen für rechtens"

<https://www.versicherungsbote.de/id/4880552/Bundessozialgericht-Belastung-Betriebsrenten-Kassenbeitraege/>

Versicherungsbote, Mirko Wenig, 31.05.2019

Ist es ungerecht, dass auf betriebliche Riester-Verträge seit 2018 keine Kassenbeiträge in der Auszahlungsphase mehr bezahlt werden müssen, auf Direktversicherungen der betrieblichen Altersvorsorge aber sehr wohl? Nein, entschied nun das Bundessozialgericht und schmetterte die Klage einer Rentnerin ab.

"bAV-Urteil mit weitreichenden Folgen in der betrieblichen Altersversorgung"

<http://blog.bav-versorgung.de/bav-urteil-mit-weitreichenden-folgen-in-der-betrieblichen-altersversorgung/#comments>

Urteil Landgerichts Hamm mit weit reichenden Folgen für Arbeitgeber, bAV-Berater, Versicherungsvermittler, Makler und Versicherer
Das LAG Hamm den Arbeitgeber verurteilt, dem früheren Arbeitnehmer den entstandenen Schaden, der ihm dadurch entstanden ist, zu bezahlen.

"Wenn eine Todesfalleistung die Krankenkassenbeiträge erhöht"

https://www.bsg.bund.de/SharedDocs/Verhandlungen/DE/2019/2019_02_26_B_12_KR_12_18_R.html

1.3.2019 – Eine Todesfalleistung, die ein Kind aus einer Direktversicherung eines Elternteils erhält, unterliegt dann der Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, wenn das Kind zum Zeitpunkt des Erbes noch nicht das 27. Lebensjahr vollendet hat. Das geht aus einem Urteil des Bundessozialgerichts vom 26. Februar 2019 hervor (B 12 KR 12/18 R). VJ

"Direktversicherung: Wichtig ist, wer Versicherungsnehmer ist"

https://www.bsg.bund.de/SharedDocs/Verhandlungen/DE/2019/2019_02_26_B_12_KR_13_18_R.html

1.3.2019 – *Kapitalleistungen aus einer betrieblichen Altersversorgung in Form einer Direktversicherung unterliegen nur dann nicht der Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, wenn sie auf Beitragszahlungen des Versicherten beruhen und dieser Versicherungsnehmer ist. Das hat der 12. Senat des Bundessozialgerichts mit Urteil vom 26. Februar 2019 klargestellt (B 12 KR 13/18 R). VJ*

"bAV-Direktversicherung: Ab wann die Kapitalleistung SV-beitragsfrei ist"

<https://www.procontra-online.de/artikel/date/2019/03/bav-direktversicherung-ab-wann-die-kapitalleistung-sv-beitragsfrei-ist/?fbclid=IwAR3tcQIRELZCCDuHF7KU--y2iJgD2Bv2rUtpA7vLtrFNj1yy3IUHgg0rjNs>

"Derzeit wird heftig über ein Ende der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten und bAV-Kapitalleistungen diskutiert. Das Bundessozialgericht hat zu dieser Thematik ganz aktuell ein Urteil gesprochen."
procontra, 1.3.19, Florian Burghardt

"Betriebsrente: Kein KV-Beitrag für privat geführten Vertrag"

<https://www.steuertipps.de/altersvorsorge-rente/rentner-pensionaere/betriebsrente-kein-kv-beitrag-fuer-privat-gefuehrten-vertrag>

Die Unterscheidung zwischen betrieblicher und privater Altersvorsorge und einer daraus resultierenden Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung ist nicht allein nach der auszahlenden Institution vorzunehmen. Es ist vielmehr nach der Vertragsgestaltung nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu differenzieren (BVerfG, Beschluss vom 27.6.2018, 1 BvR 100/15 und 1 BvR 249/15, DStR 2018 S. 2036).
Steuertipps, 4.2.19

"Entlastung für über eine Million Betriebsrentner"

<https://www.bund-verlag.de/betriebsrat/aktuellesbr~Entlastung-f%C3%BCr-%C3%BCber-eine-Million-Betriebsrentner~>

Bis zu 1,3 Millionen Betriebsrentner können jetzt Beiträge erstattet bekommen, die sie an die Kranken- und Pflegeversicherung bezahlt haben. Und Arbeitnehmer, die nach dem Ende eines Arbeitsverhältnisses ohne Arbeitgeberbeteiligung allein in eine Pensionskasse einzahlen, sollten unbedingt ihren Versicherungsvertrag ändern. Geldwerte Tipps dazu gibt Rolf Winkel in der »Sozialen Sicherheit« 12/2018.

Bund Verlag, 4.1.19

"Keine Verpflichtung, Direktversicherung zu kündigen"

<https://immobilienpool.de/newseintrag/direktversicherung.4168>

(IP) Hinsichtlich Entgeltumwandlung und Anspruch eines Versicherungsnehmers auf Kündigung einer Direktversicherung bei drohender Zwangsversteigerung hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit Leitsatz entschieden. „§ 241 Abs. 2 BGB verpflichtet den Arbeitgeber nicht, eine zugunsten des Arbeitnehmers zur Durchführung einer Entgeltumwandlung abgeschlossene Direktversicherung zu kündigen, wenn der Arbeitnehmer mit dem Rückkaufswert der Versicherung Verbindlichkeiten tilgen will

immobilienpool.de, 14.11.18

"Betriebsrenten und Krankenkassenbeiträge: Entlastung für mehr als eine Million Betriebsrentner"

<https://www.ihre-vorsorge.de/magazin/lesen/betriebsrenten-und-krankenkassenbeitraege-entlastung-fuer-mehr-als-eine-million-betriebsrentner.html>

Von Betriebsrenten wird ein knappes Fünftel an die Kranken- und Pflegeversicherung abgezogen. Doch es gibt Ausnahmen von der Beitragspflicht. Und manchen Betriebsrentnern winkt rückwirkend ab 2014 eine Beitragserstattung. Für wen das gilt und wie künftig verfahren wird.

ihre-Vorsorge.de, 5.11.18, Rolf Winkel

"Leser fragen-Experten antworten"

<https://www.ovb-online.de/weltspiegel/wirtschaft/leser-fragen-experten-antworten-bernd-i-10324692.html>

LESER FRAGEN – EXPERTEN ANTWORTEN Bernd F.: „Ich bin seit einem Jahr Rentner und habe jetzt eine Direktversicherung ausgezahlt bekommen, für die Sozialabgaben abzuführen sind.

OVB online, 13.10.18

"Bundesverfassungsgericht: Nicht auf jede Direktversicherung sind KV-Beiträge fällig"

[file:///C:/Users/ingri/Downloads/Uebernommene Betriebsrenten nicht beitragspflichtig.pdf](file:///C:/Users/ingri/Downloads/Uebernommene_Betriebsrenten_nicht_beitragspflichtig.pdf)

"Leistungen aus einer betrieblichen Altersversorgung, die ein Arbeitnehmer nach Ausscheiden aus seinem Betrieb privat fortgeführt hat, unterliegen dann nicht in voller Höhe der Beitragspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, wenn der Arbeitgeber alle Rechte + Pflichten aus dem Versicherungsvertrag auf den Versicherten übertragen hat. Das hat das Bundesverfassungsgericht mit einem am 15. Oktober veröffentlichten Beschluss vom 28. September 2010 entschieden (Az.: 1 BvR 1660/08). "

"Altersvorsorge: Betriebsrentner können Geld zurück verlangen"

https://www.nw.de/nachrichten/wirtschaft/22234934_Betriebsrentner-koennen-Geld-zurueck-verlangen.html

"Das Bundesverfassungsgericht macht vielen Rentnern Hoffnung"
Neue Westfälische, 5.9.18,

Carolin Nieder-Entgelmeier

Pressemitteilung Bundesverfassungsgericht vom 04.09.2018: "Die Beitragspflicht für Versorgungsbezüge in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung ist verfassungsgemäß"

<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-071.html>

Die Beitragszahlung durch die Bezieher von Versorgungsbezügen in die gesetzliche Krankenversicherung und soziale Pflegeversicherung ist mit der Verfassung vereinbar. Sie stellt weder einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG dar noch greift sie unverhältnismäßig in die Rechte der Betroffenen ein.

Dies hat die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts mit dem heute veröffentlichten Beschluss unter Bezugnahme auf seine bisherige Rechtsprechung klargestellt und eine Vorlage des Sozialgerichts betreffend die Frage, ob die Beitragspflicht für Versorgungsbezüge mit dem Grundgesetz vereinbar ist, als unzulässig zurückgewiesen.

"Urteil Krankenkassenbeitrag auf betriebliche Altersversorgung verfassungsgemäß"

<https://www.juraforum.de/recht-gesetz/krankenkassenbeitraege-auf-betriebsrenten-sind-verfassungsgemaess-632721>

Karlsruhe (jur). Rentner müssen weiterhin auf Rentenzahlungen der betrieblichen **Altersvorsorge Beiträge** zur gesetzlichen Kranken- und **Pflegeversicherung** zahlen. Dies ist verfassungsgemäß, entschied das **Bundesverfassungsgericht** in einem am Dienstag, 4. September 2018, veröffentlichten **Beschluss** (Az.: 1 BvL 2/18). In einem weiteren Beschluss rügten die Karlsruher **Richter** allerdings eine Ungleichbehandlung bei den Pensionskassen (Az.: 1 BvR 100/15 und 1 BvR 249/15).

"Direktversicherung, Kapitalleistung, Beitragspflicht?"

<https://www.lbav.de/direktversicherung-kapitalleistung-beitragspflicht/>

Erneut wird vor dem höchsten deutschen Sozialgericht die Beitragspflicht von Betriebsrenten verhandelt. Obwohl die beiden Vorinstanzen diese im vorliegenden Fall bestätigt hatten, verfolgt der Kläger sein Anliegen weiter.

Lbav.de, Pascal Bazzazi, Frankfurt am Main, 3. September 2018

Arbeitgeber muss für Beitragspflicht haften

<https://www.ibav-personalkonzepte.de/arbeitgeber-muss-fuer-beitragspflicht-haften/>

Auf die richtige Information kommt es an, sonst haftet der Arbeitgeber. Schon länger wird in der betrieblichen Altersversorgung (bAV) diskutiert, wie viel Information ein Arbeitgeber seinem Beschäftigten zu seiner bAV, insbesondere in Form einer Entgeltumwandlung, zukommen lassen muss.

i.bav Personalkonzepte, 23.7.18

"Auf Sofortrente wird Beitrag zur Krankenversicherung fällig"

<https://www.faz.net/aktuell/finanzen/meine-finanzen/vorsorgen-fuer-das-alter/auf-sofortrente-wird-beitrag-zur-krankenversicherung-faellig-15739250.html?GEPC=s2>

Freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung müssen auf Auszahlungen aus einer sogenannten Sofortrente Krankenversicherungsbeiträge entrichten. Das bekräftigte das Bundessozialgericht (BSG) am Mittwoch in Kassel. Beitragspflichtig sind danach nicht nur Ertragsanteile, sondern die gesamte Auszahlung. (Az: B 12 R 5/17 R)

Frankfurter Allgemeine, 15.8.18, Quelle:AFP

"Arbeitgeber muss für Beitragspflicht haften"

<https://www.lbav.de/arbeitgeber-muss-fuer-beitragspflicht-haften/>

Das LAG Hamm hat im Dezember ein Urteil gefällt, das bisher fachöffentlich kaum diskutiert worden ist, einen sehr spezifischen Sachverhalt betrifft, aber durchaus Brisanz birgt – und das nicht zu knapp. Es geht um Entgeltumwandlung, Aufklärungspflicht, Schadensersatz und vor allem wieder um das leidige Thema Beitragspflicht.

08.07.2018, Pascal Bazzazi

Musterfeststellungsklage: So funktioniert das neue Sammelklagerecht

<https://www.deutsche-handwerks-zeitung.de/musterfeststellungsklage-letzte-hoffnung-fuer-dieselfahrer/150/3098/369606>

Nun ist es beschlossene Sache: Die Musterfeststellungsklage tritt zum 1. November 2018 in Kraft. Gerade noch rechtzeitig. Denn zum Jahresende verjährt für Millionen Dieselfahrer der Anspruch auf Schadensersatz. Die Musterfeststellungsklage soll es möglich machen, kollektiv gegen die Automobilhersteller VW, Audi, Skoda, Seat und Porsche zu klagen. Diese hatten zuvor Dieselfahrzeuge mittels einer Software so manipuliert, dass sie auf dem Teststand weniger Stickoxide ausstoßen als auf der Straße.

deutsche-handwerkszeitung.de, 11.04.2018,dhz

Weg ist frei für "Eine-für-alle-Klage"

"Das Bundeskabinett hat die Einführung der Musterfeststellungsklage beschlossen. Nicht nur im Dieselskandal können Verbraucher damit künftig einfacher ihre Rechte geltend machen."

<https://www.tagesschau.de/inland/musterfeststellungsklage-103.html>

Das Bundeskabinett hat die Einführung der sogenannten Musterfeststellungsklage auf den Weg gebracht. Falls Bundestag und Bundesrat dem Entwurf zustimmen, könnte das Gesetz Anfang November in Kraft treten.

Durch die neue Klageform sollen Verbraucher Anspruch auf Schadensersatz bekommen können, ohne dass sie selbst einen Prozess gegen ein Unternehmen anstrengen müssen. Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) sprach von einem schnellen, unbürokratischen und kostengünstigen Weg für Verbraucher, die mittels einer "Eine-für-alle-Klage" ihre Rechte geltend machen könnten.

tagesschau.de, 09.05.2018

Kabinett beschließt Milliarden-Entlastung für Kassenmitglieder

https://www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaftsticker/unternehmen-kabinett-beschliesst-milliarden-entlastung-fuer-kassenmitglieder_id_9046878.html

Das sieht ein Gesetzentwurf von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) vor, den das Bundeskabinett am Mittwoch beschlossen hat. Ab 1. Januar 2019 sollen auch die derzeit allein von den Mitgliedern zu zahlenden Zusatzbeiträge zur Hälfte von den Arbeitgebern getragen werden. Arbeitnehmer und Rentner werden dadurch um 6,9 Milliarden Euro jährlich entlastet - im Gegenzug müssen Arbeitgeber und Rentenversicherung entsprechend mehr zahlen.

Focus.de, 06.06.2018, dpa

Sofortrente bringt keine günstigere Beitragsgestaltung

<https://www.steuertipps.de/altersvorsorge-rente/altersvorsorge/sofortrente-bringt-keine-guenstigere-beitragsgestaltung>

Wer mit seinem früheren Arbeitgeber eine Kapitallebensversicherung als Direktversicherung abgeschlossen hat, muss im Alter darauf recht hohe Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Dies gilt für Pflichtversicherte genauso wie für freiwillig Versicherte. Als beitragspflichtig gelten für einen Zeitraum von zehn Jahren monatlich jeweils 1/120 des Auszahlungsbetrags. Dabei bleibt es auch, wenn das ausgezahlte Geld in einer Sofortrente angelegt wird, befand das Bundessozialgericht (BSG) am 10.10.2017 (Az. B 12 KR 1/16 R)

steuertipps.de, 7.6.18

Kündigung der Direktversicherung kann Arbeitnehmer nicht verlangen

<https://www.juraforum.de/arbeitsrecht/kuendigung-der-direktversicherung-kann-arbeitnehmer-nicht-verlangen-622785>

Erfurt (jur). **Arbeitnehmer** können wegen knapper privater Kasse nicht verlangen, dass ihr **Arbeitgeber** die für ihn im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung abgeschlossene **Direktversicherung** kündigt. Denn nach dem Zweck des Betriebsrentengesetzes soll die Versicherung den Lebensstandard des Arbeitnehmers im Alter absichern helfen, urteilte am Donnerstag, 26. April 2018, das **Bundesarbeitsgericht** (BAG) in Erfurt (Az.: 3 AZR 586/16)

Quelle: © www.juragentur.de - Rechtsnews für Ihre Anwaltshomepage, 30.4.18

Wie kann ich meine betriebliche Altersversorgung in Form einer Direktversicherung kündigen?

https://www.anwalt.de/rechtstipps/wie-kann-ich-meine-betriebliche-altersversorgung-in-form-einer-direktversicherung-kuendigen_132194.html

I. Ausgangslage

Der Abschluss einer Direktversicherung über den Arbeitgeber ist mittlerweile als Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung weit verbreitet. Dabei werden die Beiträge zur Direktversicherung entweder über den Arbeitgeber bzw. durch Entgeltumwandlung des Arbeitnehmers teilweise oder ganz finanziert. Im Laufe der Jahre stellt sich aber für manchen Arbeitnehmer – oft wegen eines akuten Liquiditätsbedarfes – die Frage, ob er nicht aus der Direktversicherung „aussteigen“ und diese kündigen sowie sich den Rückkaufswert auszahlen lassen kann.

www.anwalt.de Rechtstipp vom 24.04.2018

"Personalwesen / HR: Betriebliche Altersversorgung (bAV) im Unternehmen – Komplexes Thema Information 2"

"Welche Möglichkeiten bestehen für die Fortführung der betrieblichen Altersversorgung beim neuen Arbeitgeber?"

<https://www.artikel-presse.de/tag/entgeltumwandlung>

*Arbeit 4.0 und **betriebliche Altersversorgung** (bAV) im Unternehmen (Teil 2 deutsch):*

bAV: Arbeitgeberwechsel und Fortführungsmöglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung (bAV) durch Entgeltumwandlung.

Kein Arbeitnehmer bleibt heutzutage bis zum Ruhestand bei demselben Arbeitgeber. Aus diesem Grund, werden sich die neuen Arbeitgeber vermehrt mit bestehenden Direktversicherungen, Pensionskassen oder Pensionsfonds (Verträgen) auseinander setzen müssen.

Die neuen Mitarbeiter bringen eine betriebliche Altersversorgung (Direktversicherung, Pensionskasse, Pensionsfonds) von Ihrem „alten Arbeitgeber“ mit. Der neue Mitarbeiter möchte weiterhin seinen Rechtsanspruch auf betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung (§ 1a Abs. 1 BetrAVG) fortsetzen.

artikel-presse.de vom 21.6.16

"Entscheidung Bundessozialgericht Betriebsrente - Beiträge zur Sozialversicherung müssen auch bei Pfändung gezahlt werden"

<https://www.versicherungsbote.de/id/4841250/Betriebsrente-zahlt-nichts-bei-Verschuldung/>

Gesetzlich Krankenversicherte, gegen die ein Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vorliegt, müssen auch auf eine Betriebsrente Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung entrichten. Die Versicherungsleistung fließt dann direkt an die Bank als Gläubiger (und nicht an den Kläger). Hiervon muss er dennoch monatliche Krankenversicherungsbeiträge abführen. Dies gilt auch dann, wenn die Betriebsrente als Einmalzahlung geleistet wird - auch wenn der Betroffene davon - je nach Höhe seiner Schulden - keinen Cent gesehen hat. Dies geht aus einem Beschluss des Bundessozialgericht (BSG) Kassel vom 17.12.2015 hervor.

Versicherungsbote, 30.5.16

"Betriebsrente und Krankenversicherung: Aktueller Rechtsstand und Tipps"-11.4.16

<https://www.geldtipps.de/rente-pension-altersvorsorge/betriebliche-altersversorgung/betriebsrente-und-krankenversicherung-aktueller-rechtsstand-und-tipps>

Seit 2004 werden Betriebsrenten von gesetzlich Versicherten mit dem vollen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag belastet.

Das bedeutet bei einer Betriebsrente in Höhe von 500,00 € für einen Versicherten, dass hiervon rund 18 % Sozialversicherungsbeiträge abgehen. Das Bundesverfassungsgericht hat dies schon vor mehr als sieben Jahren im Grundsatz gebilligt (BVerfG, Urteil vom 28.2.2008, 1 BvR 2137/06). Doch es gibt nach wie vor Ausnahmen von der Beitragspflicht. Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über den aktuellen Stand der juristischen Auseinandersetzungen.

"Beitrag an Krankenkasse auf Einmalzahlung und Sofortrente"

https://www.focus.de/finanzen/recht/recht-urteil-versicherungsbeitraege-auf-sofortrenten-moeglich_id_5245383.html

Seine Kapitalabfindung ließ sich ein ehemaliger Arbeitnehmer in eine Sofortrente anlegen, worauf seine Kranken- und Pflegeversicherung Beiträge erhob. Dagegen klagte der Rentner erfolglos. Die Begründung des Gerichts ist eindeutig.

focus.de, 28.01.2016

"Verjährung der Krankenkassenbeiträge - das sollten Sie beachten"

http://www.helpster.de/sozialversicherung-auf-betriebsrente-anrechnen-darauf-sollten-sie-achten_217469

Wenn Sie sich Ihren Erlös aus einer Betriebsrente ausrechnen, sollten Sie dabei die Sozialversicherung im Blick behalten. Denn in bestimmten Konstellationen zahlen Sie mehr Krankenversicherungsbeiträge als nötig. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kann auf Betriebsrenten der volle Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung erhoben werden.

helpster.de, Vanessa Hensing

Viertes Buch Sozialgesetzbuch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung

In der Fassung der Bekanntmachung vom 12.11.2009 (BGBl. I S. 3710, ber. S. 3973) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2015 (BGBl. I S. 2010) m.W.v. 26.11.2015 Stand: 01.01.2016 aufgrund Gesetzes vom 15.04.2015 (BGBl. I S. 583, ber. S. 1008)

https://dejure.org/gesetze/SGB_IV/25.html

1. § 25 Verjährung

(1) 1Ansprüche auf Beiträge verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie fällig geworden sind. 2Ansprüche auf vorsätzlich vorenthaltene Beiträge verjähren in dreißig Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem sie fällig geworden sind.

dejure.org

"Direktversicherung und RLV nicht insolvenzfest"

<http://www.procontra-online.de/artikel/date/2015/09/direktversicherung-und-rlv-nicht-insolvenzfest/>

Rechtsanwalt Dr. Johannes Fiala und Dipl.-Math. Peter A. Schramm über einen BGH-Beschluss und wie Gläubiger bereits vor Insolvenzeröffnung eine gesicherte Rechtsposition an künftigen Versicherungsleistungen erlangen können.

Wann Insolvenzverwalter für eine Nachtragsverteilung die Versicherungsleistung einziehen

procontra online vom 21.9.15

"Rentner bekommen kein Krankengeld, zahlen aber volle Krankenkassenbeiträge"

<http://www.barmergek-vv.de/artikel-startseite/artikel/rentner-bekommen-kein-krankengeld-zahlen-aber-volle-krankenkassenbeitraege.html>

Ein Versichertenberater der BARMER GEK VV hat an uns die Frage gestellt, warum eigentlich Rentner den vollen Beitragssatz zahlen, obwohl sie keinen Anspruch auf Krankengeld haben. Die Frage: Ist das gerecht? Darüber kann man streiten, aber letztlich hängt die Antwort davon ab, was man unter gerecht versteht.



"Rentner bekommen kein Krankengeld, zahlen aber volle Krankenkassenbeiträge"

Leonhard Hajen, BARMER GEK Versichertenvereinigung 2013

Rentner bekommen kein Krankengeld.docx

Microsoft Word-Dokument [13.1 KB]